



 COVID-19

Infizierte: **75.805.824**
Genesene: **42.781.394**
Tote: **1.677.824**

JHU CSSE



© Sputnik / Alexey Witwizki

„Ostdeutsche müssen mehr Rechte bekommen“: Expertin zu Aufgabe von Ostbeauftragtem

INTERVIEWS 11:07 25.02.2020 (aktualisiert 11:19 26.02.2020)

Von *Beata Arnold*

Abonnieren



Der Ostbeauftragte des Bundes Marco Wanderwitz hat festgestellt, dass viele Top-Jobs im Osten von Westdeutschen besetzt sind. Dazu hat Sputnik die Soziologin Yana Milev

befragt. Sie sieht einen heftigen Kulturkonflikt in Ost und West als Folge von 30 Jahren Ungleichbehandlung, der auch das Wahlverhalten tangiert: Es bedarf Heilung sozialer Wunden.

- Frau Milev, sind denn so viele Westdeutsche im Osten in führenden Positionen?

- Es ist statistisch erwiesen, dass kaum Ostdeutsche in gesamtdeutschen Führungspositionen sind. Die letzte repräsentative Studie ist aus dem Jahr 2016. Es heißt, sie habe ein „unverfälschtes Design“. Das bedeutet, dass für Hochrechnungen keine Westdeutschen, die in den Neuländern leben - und sich übrigens selbst inzwischen auch häufig als „Ostdeutsche“ bezeichnen - mitberücksichtigt wurden. Die Studie zeigte, dass lediglich 1,7% Ostdeutsche mit DDR-Sozialisationshintergrund in gesamtdeutschen Führungspositionen sind.

- Warum eigentlich? War das gerechtfertigt in den letzten 30 Jahren?

- Eindeutig: Nein. Die sogenannte „Wiedervereinigung“ war eine Einbahnstraße. Die DDR hatte mit dem Beitritt ihre sogenannten Subjektrechte aufgegeben und fiel an die BRD. Es wurden Gesetzeserlasse im Beitrittsgebiet implementiert, die auch schon im Deutschen Reich Rechtsgrundlegungen waren. Das wären das Bürgerlichen Gesetzbuch, das Handelsgesetzbuch, das Strafgesetzbuch. Mit dieser Gesetzesübertragung war die Mehrheit der „Neubürger“ von einem Tag auf den anderen juristisch vogelfrei, denn kaum jemand kannte sich in diesem deutschen Recht und Gesetz aus. Zudem bekamen die „Neubürger“ keine Teilhabe am DDR-Vermögen, so wie das noch die von Hans Modrow gegründete Treuhandanstalt vorsah. So war die Mehrheit der Neubürger über viele Jahre **mit extremen Überlebens- und Anpassungsleistungen herausgefordert**.



© SPUTNIK / YURI ABRAMOTSCHKIN

**Militärdiktatur und Billiglohnland -
Alternativ-Szenario für die DDR**

Millionen verloren ihre Arbeit, wurden arbeitslos und konnten nicht klagen, weil ihnen die Finanzmittel fehlten. Es setzte eine Spirale aus Verlust, Verarmung und Vernichtung von Aufstiegschancen ein – bei mehreren Millionen Menschen. Es begann eine rechtlich angelegte Ungleichbehandlung der Neubürger vor dem Gesetz. Im Einigungsvertrag stehen etwa zehn Artikel für die Abwicklung von Berufsbranchen, einschließlich Wissenschaft und Forschung, Kultur und Medien, Bildung und so weiter. Es wurden allein 220.000 Wissenschaftler, Forscher, wissenschaftliche Mitarbeiter, Akademiker, darunter Ärzte und Ingenieure regelrecht „freigesetzt“. Das war eine Kulturkatastrophe.

- Warum soll das jetzt nicht mehr „in Ordnung“ sein? Gibt es bereits eine Protestbewegung im Osten?

- Ost und West sind in eine extreme Schiefelage geraten. Die Mitte- und Koalitionspolitik von Union und SPD hat keine Politik für Ostdeutschland gemacht, sondern dagegen. Eine Mehrheit DDR-sozialisierter Ostdeutscher fühlt sich mit der „Wiedervereinigung“ um ihr Leben betrogen. Viele haben sogar weniger als vorher. Es ist eine neue Klasse entstanden - die Klasse der Ostdeutschen, die sich als Menschen zweiter Klasse fühlen. Die Ost-West-Ungleichheit ist inzwischen in Dutzenden Studien belegt, das ist kein Placebo-Effekt oder ein Gejammer, wie es mit kulturkolonialer Geste oft abgetan wird. Viele Menschen sind krank geworden und hatten von Anfang an keine Chance - weder zum Reichen werden, noch zum Reichwerden. Das ist schon sehr lange nicht in Ordnung, nicht erst seit gestern.

Da sich aber keine politische Kraft um die Behebung der vereinigungsbedingten Missstände im Osten bemühte, die Medien ihren Teil dazu beitrugen, falsch zu berichten oder gar nicht zu berichten -

schließlich den „Ossis“ den Schwarzen Peter zuschoben, reagieren die meisten zunehmend mit Ablehnung gegenüber Politik, Regierungsparteien, Medien, Parlamentarischer Demokratie. Damit kann inzwischen niemand mehr punkten. Sie wählen [AfD](#) - aus Protest und auch als Identifikationskraft. Es fällt ja auf, dass mehrere Millionen Ostdeutsche die AfD wählen, also verbünden sie sich in einer Identifikationsfigur des Dagegen-Seins. **Das nennt man in der Soziologie „Segregation“**. Das ist sehr ernst zu nehmen. Denn es ist das Resultat aus 30 Jahren Ungleichbehandlung.



© CC0

Wirtschafts-Kluft Ost- und Westdeutschland: 1,5-Millionen-Forschungspreis soll Klarheit bringen

Das größte Unrecht was Ostdeutschen passierte ist, dass ihnen die Deutungsmacht über ihre eigene [Geschichte](#), ihre Biografien, ihre Herkunft brutal entzogen wurde. Die Westmedien und Regierungsbehörden bestimmen, wie Erinnerungskultur aussieht und wie nicht. Daraus ist ein heftiger [Kulturkonflikt](#) entstanden. Das lässt sich inzwischen niemand mehr bieten.

- *Wie bewerten Sie, dass ausgerechnet dem neuen Ostbeauftragten und auch erst 30 Jahre nach der Wende auffällt, dass zu wenig Ostdeutsche in Führungspositionen vertreten sind?*

- Es ist eigentlich das Kerngeschäft eines Ostbeauftragten, diese Missstände zu benennen und vor allem zu beheben. Er ist sicher nicht der erste Ostbeauftragte, der den Ost-West-Kulturkonflikt thematisiert. Die einstige Ostbeauftragte Iris Gleicke hat da Pionierarbeit geleistet. Sie hat etliche Studien in Auftrag gegeben wie die zur Treuhand, aber auch Studien promotet, wie die „*Elitestudie*“ und die daran anschließende Veranstaltung im Bundestag zum Thema „Ostdeutsche Eliten“. Gleicke hat Studien über die „Schrumpfung“ der [Regionen](#), über Deindustrialisierung und Desurbanisierung oder über den urbanen Rückbau gefördert. Das war wirklich einmalig. Aus diesen Studien beziehen viele heute ihre Informationen. Es sollte noch viel mehr in dieser Hinsicht getan werden.



© FOTO : ELSE BECHTELER-MOSES

Ostdeutsche im Sucher: Gesichter der untergehenden DDR – Bilder einer Ausstellung

📷 10

Die meisten Ostdeutschen wissen gar nicht, was während der „Wiedervereinigung“ wirklich passiert ist, denn die Medien haben über Jahre die „Einheit“ anderes bewertet, als die Menschen es selbst erlebten. Es gibt einen riesengroßen Bedarf an Information. Und es gibt Bedarf an Anerkennung der misslichen Lage, in der die Mehrheit der Ostdeutschen sich befindet. Es wäre gut, wenn jemand aus der Regierung die Ostdeutschen in ihrer Wahrnehmung von sich selbst unterstützen würde. Wenn mal einer sagt, dass die Anpassung an den Westen eine unglaublich kollektive Leistung war, oder wenn mal jemand sagen würde, dass ihnen mit der Wende viel Unrecht passiert ist. Wenn Marco Wanderwitz als neuer Ostbeauftragter hier einsteigen würde, wäre das für eine Art „Heilung“ der sozialen Wunden zuträglich. Das hätte bestimmt positive soziale Effekte.

- *Sollte das die Aufgabe des neuen Ostbeauftragten sein, sich mit so einer Thematik wie den Umstand, dass es mehr Westdeutsche in ostdeutschen Führungspositionen gibt, einzumischen? Er will wohl keine Quote, was die Einstellungsmodalitäten in Top-Positionen – wir sprechen vom Öffentlichen Dienst –*

anbetrifft. Wie sehen Sie das?

- Es ist einfach richtig, die Realität im Osten zu akzeptieren und auch, dass hier bei einer Zweidrittelmehrheit der Neubürger vereinigungsbedingt Ungleichheit produziert wurde. Wer sonst, wenn nicht der Ostbeauftragte, sollte sich denn mit diesem Kulturkonflikt befassen und ihn konstruktiv angehen?

Eine Quote würde ich nicht begrüßen: Quotenpersonen müssen eine Haltung übernehmen und diese in Institutionen politisch transportieren, sonst gelten sie als politisch nicht korrekt. Es gibt viele Ostdeutsche, die sehr kompetent sind, aber eine eigene Haltung haben, die sich vom „Habitus“ Westdeutscher unterscheidet. Sie möchten ihre Identität nicht aufgeben, oder sich gezwungen fühlen, diese aufzugeben. Das ist für viele ein hoher Preis.

Ich finde es sollte gesetzlich besser geregelt werden, dass Ostdeutsche in Institutionen und auf Märkten nicht diskriminiert werden. Sie müssen mehr Rechte bekommen, etwa durch das Antidiskriminierungsgesetz. Es müsste ganz andere Auflagen für die Gesellschaft an sich geben, so dass Ostdeutsche, also DDR-Sozialisierte, juristische und politische Gestaltungsräume haben. Viele würden eine Basisdemokratie begrüßen. Die Möglichkeit auf Volksabstimmung. Das Ernstgenommen-Werden als Teilbevölkerung, die anders „kulturiert“, also kulturell sozialisiert ist, wäre doch im Sinne der Grundrechte und der Menschenrechte. Davon sind wir noch weit entfernt.



© FOTO : AKG-IMAGES/ A.R. PENCK / VG BILD-KUNST BONN, 2019

Bilder gegen die Mauer im Kopf:
Ausstellung zeigt DDR-Kunst im Westen –
Fotos

- Wir danken Ihnen für das Interview!

Zur Person

Yana Milev gründete den Think Tank *AGIO* (Gesellschaftsanalyse + Politische Bildung). Die promovierte Dozentin für Kultursoziologie wurde in Leipzig in der damaligen DDR geboren. Nach dem Studium der Kunst und künstlerischer Karriere betrieb sie ethnografische Studien in Japan. In Folge absolvierte sie ein Doktoratsstudium für Philosophie an der Akademie der Bildenden Künste in Wien. 2008 promovierte sie zu Themen des Krieges und des Ausnahmezustands im 21. Jahrhundert. Nach einer Zeit als Research Associate am Seminar für Soziologie der Universität St. Gallen, erfolgte ihre Habilitation und ihre Ernennung zur Privatdozentin an der „School of Humanities and Social Sciences“ daselbst. Seit 2017 ist die Mittfünfzigerin Leiterin des [Projektes](#) „Entkoppelte Gesellschaft“, in der sie sich mit der Wendezeit beschäftigt. Ihr neues Buch „Das Treuhand-Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme“ ist für März 2020 angekündigt.

* Die in diesem Artikel vorgebrachten Ansichten müssen nicht denen der Sputnik-Redaktion entsprechen.

AUCH INTERESSANT

Taboola Feed

Für gute Aussichten: eine Umschulung zur Pflegefachkraft.

BMFSFI

Anzeige

Därme: Ein einfacher Trick, um sie vollständig zu leeren

Nutravia

Entspannt alt werden dank Cannabis? Ein neuer Gesundheitstrend erobert Deutschland

Novo Balance

Anzeige

Neue Frist bei Brexit-Handelspakt, Aufenthalte in Restaurants erhöhen Corona-Infektionsrisiko

Saarlands Ministerpräsident rechnet mit Lockdown-Verlängerung; Steigende Zahlen bei Ausreizen der Kontakte; US-Arzneibehörde empfiehlt Moderna-Impfstoff... 18.12.2020, SNA

Uralte Hygiene-Praktiken die sich heute keiner mehr vorstellen kann

Risiken und Nebenwirkungen

Seine Frau hat ihn 20 Jahre lang betrogen. Bis sein Arzt ihm die Wahrheit sagte

Trendscatchers

Anzeige

Augenringe im Alter: Dieses Hausmittel sollten Frauen kennen

Apotheken Gesundheit

Anzeige

DISKUSSION

Gemeinschaftsstandards

VIA SPUTNIK KOMMENTIEREN

VIA FACEBOOK KOMMENTIEREN

KOMMENTIEREN

Alle Kommentare

[mehr Kommentare anzeigen \(20\)](#)

billyvor

13:54 25.02.2020 | 2 👍

Was den gesamten ersten Teil des Interviews angeht, gebe ich Frau Milev vollkommen recht.

----- Ihre Aussage im letzten Absatz ist allerdings m.E.

blühender Unsinn. ----- Ein

"Antidiskriminierungsgesetz" verfestigt doch lediglich die falsche Annahme, dass Ex-DDR

Bürger und/oder die, die heute noch im Osten wohnen, irgendwie "geschützt" werden

müssen. -----Es ist Wasser auf die Mühlen der Westdeutschen, die immer

noch arrogant darauf beharren, dass der "gemeine Ossi" eben nicht so plietsch ist, wie sie, es

immer eben noch nicht "geschnallt" hat, dass bei ihm aufgrund seiner DDR-Sozialisierung

eben Hopfen und Malz verloren ist -----

Es mag sein, dass die meisten "Ost-Jobs" immer noch von Westdeutschen besetzt sind (ich

kenne den tatsächlichen Grund nicht). Genau so ist es aber auch eine Tatsache, dass viele Ex-

DDR Bürger sich im Westen einen Top-Job erarbeitet haben, gerade auch in Politik und Kunst

(das kann man mit wenig Mühe nachverfolgen), und niemand spricht - mit Recht - davon, wo

sie ursprünglich herkamen, wo sie große Teile ihres Lebens verbracht haben. (Und immerhin

hatten/haben wir ja einen "Ost" Bundespastor und Kanzlerin".....)

----- Wenn und aus welchem Grund Ex-DDR Bürger und/oder

die, die heute noch dort leben, irgendwie diskriminiert werden: Sie benötigen nicht MEHR

Rechte, als der ursprüngliche oder heutige Westdeutsche, sie benötigen lediglich die

GLEICHEN. ----- Immer wieder

hervorzuheben, dass sie spezielle "Unterstützung" benötigen, vertieft lediglich die immer

noch vorhandenen Gräben.

Zentralrat-der-Deutschen

14:04 25.02.2020 | 1 👍

Von Blutraute finanzierte NGO schmettern doch im Gleichschritt " Der Osten sei zu weiß geliebt" Eigentlich ja Mitteldeutschland also sogar dort versteckte Volksverdummung. Ich will die Ostgebiete zurück!

andy ost

14:25 25.02.2020 | 3 👍

einen Grossteil der Ostdeutschen haben sie seit 1990 nur angeschissen , über 4 Millionen mussten aus ihrer Heimat in den Westen flüchten , um eine existenz zu haben.., die gutbezahlten Stellen , vor allem in den Behörden , wurden meist mit west-Importen besetzt , wie bei einer Kolonie.. mittlerweile ist die ex-DDR ein Altersheim, deindustrialisiert seit 30 jahren , die grössten firmen sind krankenkassen +Kliniken

Babelsberger

14:30 25.02.2020 | 4 👍

Mehr Rechte? Es würden schon reichen, gleiche Rechte zu erhalten. Man denke alleine an die unterschiedlichen Renten und die niedrigeren Löhne für die gleiche Arbeit.

Eckart

15:01 25.02.2020

Es ist auch eine schreiende Ungerechtigkeit, dass nur ALDI Nord und ALDI Süd gibt. Es wird höchste Zeit, dass es auch endlich ein ALDI Ost gibt.

KI

15:02 25.02.2020 | -4 🗳️

Macht den Westen einfach gleich arm, wie den Osten. Merz hat das sicher schon kapiert und der zukünftige Vizekanzler Habakuk spielt sicher mit. Wems nicht passt soll sich zum Militärdienst melden.

KI Antwort an Babelsberger (Kommentar anzeigen)

15:15 25.02.2020 | -3 🗳️

Babelsberger, mehr Rechte gibts sicher nicht mehr. In einer Diktatur sind alle gleich arm und bevormundet, mehr nicht. OK, vielleicht könntet ihr euch ja zusammenraufen und euch GEMEINSAM die Rechte zurück holen...

lokalhorst

15:37 25.02.2020 | 2 👍

Teile und herrsche. Wunderwitz muß nur glaubhaft rüberbringen das die Westdeutschen Schuld sind.

Winston Smith

15:47 25.02.2020 | 3 👍

Klasse. Am besten eine Gleichstellungsbeauftragte für Ostdeutsche, Behinderte, Frauen und Ausländer anstellen. So kann man auch schön Ost gegen West ausspielen. West hat uns ja tausend Jahre Helmut Kohl zu verdanken.

KI Antwort an billyvor (Kommentar anzeigen)

15:47 25.02.2020 | -3 🗳️

billyvor, die können nur Gesetze, schliesslich dürfen sie (die da Oben am Futtertrog) die jederzeit brechen. Man hält einfach das Links Rechts, Ost West Theater am laufen, damit das Oben Unten Theater nicht los geht. Vor dem haben die NeoCons Panik!

KI Antwort an Eckart (Kommentar anzeigen)

15:48 25.02.2020 | -5 🗳️

Eckart, und einen Aldi für Superreiche! Natürlich nicht mit einem Mindestpreis, denn für dieses Gesindel muss es ja rentieren.

Joke

17:57 25.02.2020 | 1 👍

Das ist keine Gesellschaftsanalyse, die datenbasiert ist. Der CDU/CSU , aber auch vielen Ostdeutschen konnte es 1990 aus unterschiedlichen Gründen mit der Wiedervereinigung nicht schnell genug gehen. „Kommt die D-Mark nicht nach hier, kommen wir zu ihr“. Politiker wie Lafontaine, die gewarnt haben, wurden als unpatriotisch diskreditiert. Eine

Systemtransformation in weniger als einem Jahr kann nur zu Chaos und Krisen führen. Was hat man denn anders erwartet? Ein Mischsystem zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus? Die ökonomischen Eliten hätten dem nie zugestimmt. Sie wollten eine globalisierte Welt für ihre Geschäfte. Zur Position der ökonomischen Eliten: „In der bi-polaren Welt haben wir gewonnen und ihr habt uns zu folgen oder wir gehen woanders hin und produzieren da. Die Globalisierung schert sich nicht um die soziale Balance einer Gesellschaft“ (Heye) Ich habe 10 Jahre nach der Wende einige Interviews mit Ostdeutschen analysiert. Viele waren enttäuscht und erlebten eine kollektive Verlaufskurve (vgl. Schütze 2016). Dazu gehörten auch Männer und Frauen, die vor 1989 zum politischen System auf Distanz waren.

Berg

18:09 25.02.2020 | 1 👍

Naja der Westen hat damals den Osten mehr oder weniger überfallen und einkassiert was nur gng. Ich w ar damals im Auftrag drüben nur zu den Zeitpunkt war ich zu blöde um zu begreifen was da abläuft. Tut mir leid.

Dean_Miller

19:47 25.02.2020 | 1 👍

Ach nein, was für eine Erkenntnis! Dieser Herr Wandernder Witz, hofertiger Vasall Ihrer Majestät Merkel hat festgestellt, was schon seit 20 Jahren die heutigen Urenkel der damaligen Spatzen von den Dächern piffen. Fakt ist doch erst einmal eins, daß dieser Akt am 3. Oktober 1990 keine Wiedervereinigung auf gleichberechtigter und freier Entscheidung war. Nach dem Strafgesetzbuch der DDR war das Hochverrat. ein sogenannter Unternehmenstatbestand. Wer es unternimmt ... Da können diese Spitzbuben, die sich Politiker und Journalisten hochtrabend nennen, reden und schreiben und versuchen zu wollen, was sie uns und der Welt weis machen wollen. Die ganze Sache war und ist letztendlich darauf ausgelegt, daß die Menschen den Wiedervereinigungs-Unsinn glauben und das ganze seit Jahrzehnten vorher Geschehene vergessen sollen. Und das Letztere möglichst ganz schnell und ganz vollständig. Fragen wir uns doch mal, wozu gab es in den Westzonen, die sich ab 1949 BRD nannten, eigentlich ein „Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten“? Mit welchem Recht mischte sich die BRD in die Angelegenheiten der DDR ein. Ein innerdeutsch gab es doch seit 1949 nicht mehr. Dafür hatten doch Westzonen mit Zonis unter Schirmherrschaft der westlichen Besatzungsmächte gesorgt. Welche innerdeutschen Angelegenheiten waren denn da gemeint? Es ist doch bezeichnend, daß unmittelbar nach der vollzogenen „Einheit“ blitzblatz dieses Ministerium wie eine Fata Morgana verschwand. Darüber sprach niemand mehr. Weg ist weg. Dazu wäre doch dieses „Ministerium“ prädestiniert gewesen, für die sogenannten neuen Bundesländer als Aufbauhilfe zu wirken. Alles was über die DDR, deren Wirtschaft, Betriebe, Behörden, wissenschaftlichen Einrichtungen, den Sport, über Polit-, Wirtschafts- und Wissenschaftskader, NVA, Polizei, Kampfgruppen, Grenztruppen, Mfs, also ALLES, wurde dort registriert. Ach die Gesetze und Verordnungen der DDR. Wie sonst wäre es möglich gewesen, binnen eines halben Jahres, also rund gerechnet 180 Kalendertagen einen Einigungsvertrag von über 9.000 (in Worten: neuntausend) Seiten zu erarbeiten. Manche banalen Kulturabkommen von zwanzig bis dreißig Blatt geschriebenen Text zwischen zwei Staaten dauern bis zur Unterschriftsreife so manchesmal bis zu 2 Jahre. Dieses neuntausendseitige Diktat der kalten Übernahme der DDR in die BRD lag wohl schon in fast fertiger Fassung bei der Frau Ministerin gut gehütet und geheim gehalten im Panzerschrank. Da wurde ein Staat, ob nun vollkommen souverän oder nicht, sei dahin gestellt, ein Staat mit einer Verfassung, einer eigenen Nationalhymne und eigener vom Westen nicht anerkannter Staatsbürgerschaft durch Unterschrift von nicht berechtigten Personen in ein von den USA dominiertes Besatzungsgebiet übernommen, welches lediglich als Grundlage eine Selbstverwaltungsvorschrift, genannt Grundgesetz auch heute noch hat. Ohne eine Staatsbürgerschaft, sondern eine vom Dritten Reich entlehnte Staatsangehörigkeit und eine Strophe eines Liedes als sogenannte Nationalhymne. Und dieses als „BRD“ deklarierte Besatzungsgebiet hat ohne Not unmittelbar seine im 2+4-Vertrag zugesicherte Souveränität sofort wieder aufgegeben und sich wieder der Besatzungsmacht USA unterstellt. Man könnte jetzt noch ausführlich über diese aggressiven Propaganda- und Diversionstrategien gegen die DDR wie SPD-Ostbüro, Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und wie die Gruppen so alle hießen, noch lange schreiben, es würde nur den Beitrag verwässern. Interessanter ist wohl die Rolle der Grünen, die sich als die Pflegeeltern der oppositionellen sogenannten Bürgerbewegungen in der DDR aufspielten und auch bestimmte Maßnahmen und Ereignisse koordinierten. Das gleiche Spiel hatten wir ja ein paar später in der Ukraine bei der Pflege und Unterstützung der dortigen Putschisten. Wie man heute weiß, war es doch die grüne „Friedensaktivistin“ Kelley, die den Bürgerbewegungsanhängern das sogenannte Revolutionshandbuch vom US-Umsturz- Spezialisten Gene Sharp brachte. Und dar bereits einige Jahre vor 1989. Da weiß man denn, in welche Richtung sich diese „Opposition“ bewegte und bewegt wurde. Und was letztendlich die immer wieder gepriesenen „ersten freien Wahlen“ 1990 in der DDR angeht, waren die wirklich frei? Waren nicht in allen Parteizentralen (außer der PDS) der sich gerade findenden neuen Parteien a´la BRD-Recht nicht die helfenden (sprich bestimmenden) Hände des neuen großen Bruders. Würde das in den USA passiert sein, würden die Drahtzieher von damals heute noch im Hochsicherheitsgefängnis sitzen wegen schwerer Wahlmanipulationen. Und nun sind dreißig Jahre vergangen und im Grunde genommen hat sich absolut nichts geändert. In Ostachsen werden statt des immer wieder propagierten Wirtschaftsaufschwungs wieder zwei große Teilunternehmen geschlossen. In Hennigsdorf, im einst renommierten Unternehmen für

Schienenfahrzeugbau gehen auch bald die Lichter aus. Da wird von 40 Mdr. Euro geschwätzt, die für die industrielle Umgestaltung der Gegenden mit zu schließenden Braunkohlegewinnung und Verstromung eingesetzt werden sollen. Wofür? Diese Volksverblöder wissen doch gar nicht, was dort für eine wirtschaftliche Entwicklung angeboten werden soll. Gar nichts wissen diese Schönredner, die von diesen Dingen wohl gar keine Ahnung haben. Da kakelt man von Behörden, die dort angesiedelt werden sollen. Wer, bitteschön, wird darin arbeiten? Es werden doch wohl wieder die Wessis sein. Deren Arbeitsstellen von West nach Ost verlagert wurden, die dann sukzessive ihr altes Personal nachziehen. Natürlich nur die oberen Etagen. Den Pförtner, Kraftfahrer und Bürodiener dürfen dann schon die Osis machen. Ach so, auch Kaffee „kochen“ dürfen diese Kaffeefaschisten.

Dean_Miller Antwort an **Joke** ([Kommentar anzeigen](#))

20:01 25.02.2020 | 3 👍

Joke, hast Du Dich mal gefragt, woher diese ganzen Slogans „Kommt die D-Mark nicht nach hier, kommen wir zu ihr“ - oder "Wir sind das Volk" und anschließend "Wir sind ein Volk" - "Freiheit oder Sozialismus" u. a. stammen? Ich glaube nicht, daß das Geistesergüsse von solchen Bürgerbewegungen waren. Dafür waren die zu schnell gleichzeitig von Nord nach Süd und von West nach Ost geschrien worden. Das wäre dann Gedankenübertragung gewesen.

Jan Lesniak

20:54 25.02.2020 | 3 👍

Es geht bei aller Liebe nicht (nur) um irgendwelche Führungspositionen. Es geht darum, daß die westdeutschen Eliten, geprägt vom pathologischen Antikommunismus, vom Hass auf das sozialistische Deutschland, getrieben von der Rache für den Verlust der Kriegsfähigkeit in den Jahren 1945 bis 1990, alles, aber auch alles, was positiv in der Deutschen Demokratischen Republik war und das war mehr als genug, dem Erdboden gleichgemacht hat. Die Taktik der verbrannten Erde, die schon Wehrmacht und SS anwandten, haben tiefe Spuren hinterlassen und das bis heute. Sie wollten uns nicht einfach "zurückhaben", nein, sie wollten uns vernichten und die Schweine, die das zu verantworten haben, sie treten heute immer noch nach. Es vergeht kein Bericht, kein Film, keine Doku, keine noch so dämlich-primitive Serie, in der der Kadaver DDR nicht noch weiter gefleddert wird. Die Kunst, die Kultur, die Bildung, das Gesundheits- und Sozialwesen, Staats- und Sicherheitsorgane, Parteien und Massenorganisationen werden noch heute diffamiert und kriminalisiert. Das geht soweit, daß mit zunehmendem Abstand der Einverleibung durch das westdeutsche halb-faschistoide P..., uns Dinge angedichtet werden, die sich zu keiner Zeit und Stunde so in der DDR zugetragen haben, wohl aber im Westen Gang und Gäbe sind, wie das industrielle Kinderf... ganzer Knabenchor, immer nach dem Motto: ‚Was bei uns im Westen Usus ist, kann doch im Osten nicht anders gewesen sein‘ und lenkt so schön von der Wahrheit ab. Ausgerechnet, diejenigen, die noch bis 1990 nicht schnell genug auf Erichs Schoß hopsen konnten, bis hin zum Staatsempfang im September 1987 mit Rotem Teppich und allen militärischen Ehren in Bonn- woran sich heute keiner mehr erinnern will-, waren nach 1990 die größten Schweinetreiber, die den Saftladen BRD, der am Ende war, mit der Vernichtung der gesamten DDR- Industrie am Leben erhalten konnte. Es genügte nicht, uns einzuverleiben. Nein sie wollten uns vernichten, sie wollten alles, was mit uns und unseren Leistungen zu tun hatte, daß das aus dem Gedächtnis der Menschen gestrichen wird, weil sie Angst haben, daß das Volk sich aufmacht und nach einer Alternative zu dieser verkommenen, ausbeuterischen und verlogenen Gesellschaft macht. Und, daß damit immer noch nicht schluß ist, zeigt die Tatsache, daß heute im deutschen Staatsfernsehen ein Beitrag läuft, in dem die „Macher“ nachweisen wollen, daß das, was in Erfurt passiert, Folgen aus der DDR- Vergangenheit sind. Wenn Leute in diesem Land das Sagen haben, die so krank im Kopf sind, da darf es niemanden wundern, daß dieses Deutschland den Bach runtergeht.

andy ost Antwort an **Zentralrat-der-Deutschen** ([Kommentar anzeigen](#))

21:13 25.02.2020 | 2 👍

Zentralrat-der-Teutonen, weil die Ausländer auch nicht hierbleiben wollen(im Osten) , die schwirren gleich ab in die West-grossstädte, wo ihre parallel-gesellschaften schon warten

bummi

02:10 26.02.2020 | 1 👍

Ich habe nach den Besuchen der Treuhänder, Gerichten und in den sogenannten Ämtern, den Eindruck bekommen, daß ich ausnahmslos mit Faschistenbesatzern und ausgemachten Kriminellen rede. Aus dem Grund habe ich die DDR, vor 28 Jahren, vorläufig verlassen, um diesen Besatzerfaschisten keinen Pfennig/Cent zukommen zu lassen. Es reicht, daß die uns unsere Wohnungen, unser Land und unser Vermögen geklaut haben. DDR-Bürger, die diesem Besatzerregime, Geld zahlen oder massenhaft gefälschte Produkte abkaufen, tun mir im Grunde leid. Seien Sie sich meiner Solidarität bewußt, wenn Sie dieses verlogene, verklauerte, strotzdemme, rotzfremde Besatzerregime vertreiben wollen. Dieser Wanderwitz kommt aus Hohenstein-Ernstthal und der befindet sich ganz tief im Mastdarm der Besatzerfaschisten!

Dieser Account wurde gelöscht

14:51 26.02.2020

Frau Beata Arnold, Ostdeutschland ist Schlesien, Pommern, West und Ostpreußen! Es gab

keine Wiedervereinigung sondern bestenfalls eine Teilvereinigung! Die Menschen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt usw. sind Mitteldeutsche!

klaus1809

16:01 29.02.2020

Lasst doch die Wessis als Sklaven in ihrer Demokratie-Simulation weiter verblöden, wir im Osten holen uns genau das man uns leichtfertig zugesagt hat: eine echte Demokratie ohne verbrecherische Besatzer und Partei-Parasiten.

Masturbation zum Einschlafen: Diese Gründe sprechen dafür!

PraxisVita

Anzeige

Diese Stars sind 2020 verstorben

freenet.de

Diese Frau bezahlte jahrelang alles in bar. Dann wurde allen klar, warum

Trendscatchers

Anzeige

„Heuchlerisch“: Deutscher Botschafter im UN-Sicherheitsrat von Moskau und Peking kaltgestellt

Zum Jahresende läuft Deutschlands zweijährige temporäre Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat aus, dem mächtigsten Gremium der Vereinten Nationen. Bis dahin... 17.12.2020, SNA

Arbeiterwohlfahrt warnt vor FFP2-Masken der Bundesregierung

Putin kritisiert Kramp-Karrenbauer: „Das ist kontraproduktiv für unsere Beziehungen“